

Protokoll Nr. 25 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 15.02.2022 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | Hermann Assmann
Jens Emigholz
Heinz Gerkmann
Petra Hoya
Ulrich Maas
Oliver Saake
Bernd Siegel
Helmut Weigelt | David Cyferkowski
Eva Früh
Dr. Tim Haga
Kathrin Lammel
Eva Mahler
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Ralf Möller | |
| c) Gäste | Dirk Stöver (WiN-Quartiersmanager) (zu TOP 2)
Daniel de Olano (Senatorin für Kinder und Bildung) (zu TOP 3)
Klara Bernau, Jörn Borges, Kirsten Ehrhorn, Christian Sauter
(Schulleitungen der Vahrer Schulen) (zu TOP 3) | |

Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 5 „Trägerbeteiligung Flächennutzungsplanänderung“ ergänzt und mit dieser Änderung genehmigt.

Das Protokoll Nr. 24 der Beiratssitzung am 17.01.2022 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Herr Sauter macht in dem Zusammenhang mit einem kürzlich erfolgten Zusammenstoß eines Fußgängers mit einer Straßenbahn an der Kreuzung Karl-Kautsky-Straße/ Kurt-Schumacher-Allee erneut auf die Dringlichkeit von grundlegenden Änderungsmaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für zu Fuß Gehende an dieser Kreuzung aufmerksam.

Auch Herr Dr. Haga zeigt sich unzufrieden mit der dortigen Situation. Zuletzt sei im Dezember 2021 eine Ortsbegehung, u.a. mit dem Amt für Straßen und Verkehr, durchgeführt worden – die vorgesehenen Maßnahmen seien jedoch immer noch nicht umgesetzt worden. Herr Siegel bittet das Ortsamt darum, die Behörde nochmals aufzufordern, zu den in der Ortsbegehung erbrachten Vorschlägen Stellung zu beziehen.

Herr Maas weist darauf hin, dass die Übergänge für zu Fuß Gehende nicht rutschfest und insbesondere im Winter sehr glatt seien.

Wie Frau Hoya beobachtet habe, sei die Ampel kürzlich von einem Kfz bei Rot überfahren worden und die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h werde oftmals nicht eingehalten.

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Siegel weist auf folgende Punkte hin:

- Eine Nachfrage bei der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) habe ergeben, dass noch keine Zahlen zu Anmeldungen und Platzangeboten für das kommende Kindergartenjahr vorlägen;
- Die Kita in der Julius-Leber-Straße habe aufgrund eines Wasserschadens geschlossen werden müssen. Die Kinder hätten jedoch in der Kita in der Sonneberger Straße unterge-

bracht werden können, weil dort bislang nicht alle Räumlichkeiten belegt seien. Es dauere voraussichtlich zwei bis drei Monate bis der Schaden behoben sein werde. Nach Behebung des Wasserschadens in der Kita Julius-Leber-Straße sei in der Sonneberger Straße ein zusätzliches Angebot von der AWO für 3- bis 6-Jährige vorgesehen;

- In der Beirätekonzferenz sei mitgeteilt worden, dass alle Stellen der Kontaktpolizisten (KOPs) in der Vahr wiederbesetzt worden seien. Da – aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen – der 110-Prozess entlastet werden müsse, würden die KOPs diesen mit zehn Prozent ihrer Arbeitszeit unterstützen. Es bestehe die Idee eines regelmäßigen Austausches zwischen den KOPs, dem Ordnungsdienst und dem Ortsamt bzw. Beirat.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller teilt Folgendes mit:

- Die Senatskanzlei (SK) habe für den städtischen Ausschuss „Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte“ der Bremischen Bürgerschaft eine Vorlage zur Reichweite der Informationsrechte der Beiräte über das jeweilige Beiratsgebiet betreffende Leistungsverträge erarbeitet, die den Beiratsmitgliedern bereits zugegangen sei.¹ Ralf Möller wertet das als deutliche Stärkung der Beiratsrechte;
- der Umweltbetrieb Bremen (UBB) habe auf Anforderung des Ortsamts den zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) und UBB abgestimmten Katalog für die Ausstattung von Grünanlagen mit Abfallbehältern, Bänken, Pollern u.a. vorgelegt.²

TOP 2: WiN-Projekte

Herr Stöver stellt fünf Vorhaben vor, die aus Mitteln des Programms WiN finanziert werden sollen.³

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 3: Schulentwicklung

Herr Möller weist eingangs darauf hin, dass sich der Fachausschuss „Kinder und Bildung“ in seiner letzten Sitzung am 11.11.2021 mit den Belastungen in den Vahrer Schulen und der Schulentwicklung befasst habe.⁴ Von Seiten der Schulleitungen seien dabei insbesondere folgende Punkte angesprochen worden: Personalmangel/ zu wenig Lehrer*innenstunden – auch bezogen auf die Wartung der IT-Infrastruktur, Weiterentwicklung der Schulen, Aus- und Neubau von Schulen aufgrund prognostizierter Schüler*innenzuwächse, transparente Schulstandortplanung und Maßnahmenumsetzungen sowie schnellere Umsetzung des gebundenen Ganztags.

Die SKB habe heute nicht zu allen dieser Themen Referent*innen entsenden können. Daher seien kurzfristig noch schriftliche Informationen der SKB eingegangen. Zum einen handele es sich dabei um ein Schreiben zur personellen Ausstattung der Schulen im Hinblick auf Tablets und anderer IT, das Herr Möller verliest.⁵

Zur finanziellen und personellen Ausstattung sowie zum gebundenen Ganztags seien gemäß Herrn Möller heute folgende Stellungnahmen der SKB eingegangen:

Neben dem Programm „Aufholen nach Corona“ werden für die Bremer Schulen zum Februar 2022 in erheblichem Maße Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt, mit denen dann auch die Schulen in der Vahr eigenständig unterstützende Maßnahmen einleiten können. Die jeweiligen Summen der „Souveränen Verstärkungsmittel“ wurden den Grundschulen und Primarstufen der Förderzentren bereits im Januar mitgeteilt. Am letzten Mittwoch wurden die Schulen in einer VK der Senatorin und den Schulleitungen zum Start und zum Verfahren informiert. Die Schulen können das Budget flexibel einsetzen und mit unterschiedlichen Partnern u.a. aus den Bereichen Sport, Kultur, Natur

¹ Die Vorlage der SK ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

² Der Standardausstattungskatalog für Grünanlagen ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

³ Eine Übersicht zu den WiN-Anträgen ist der **Anlage 3** zu diesem Protokoll zu entnehmen.

⁴ Das Protokoll kann abgerufen werden unter [Protokoll Nr. 6](#).

⁵ Das Schreiben der SKB ist dem Protokoll als **Anlage 4a** angefügt.

umsetzen. Die Schulen sind gestartet.

Doppelbesetzungen an Grundschulen der Sozialstufen 4 und 5 werden derzeit vorbereitet. Hier läuft die Ausschreibung noch, erste Bewerbungen sind eingegangen und befinden sich auf dem Weg der Einstellung.

Es sind aber aufgrund des bundesweit starken Fachkräftemangels noch größere Anstrengungen notwendig. Besonders berücksichtigt werden aufgrund der Sozialindikatoren und Größe auch Schulen in der Vahr.

Zusätzlich wurden in großem Umfang Wünsche der Erzieherinnen auf Aufstockung der Verträge umgesetzt.

Der Schulstandortplan sieht den Ausbau der Schulen In der Vahr und an der Witzlebenstraße sowie der Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee zu gebundenen Ganztagschulen vor. Alle drei Ausbauprojekte sollen in Abstimmung mit weiteren baulichen Maßnahmen erfolgen. Die Planungen an den beiden Grundschulen wurden bereits aufgenommen. Die Planung für die Oberschule erfolgt im Zuge der angestrebten Nachnutzung des Schulstandortes an der Carl-Goerdeler-Straße nach der bereits 2020 im Schulstandortplan skizzierten Neuverortung der das Schulgebäude bislang nutzenden berufsbildenden Schule.

Zur Umsetzung des gebundenen Ganztags nimmt Herr de Olano folgende Ergänzungen vor:

- Hinsichtlich des Ausbaus der beiden Grundschulen Witzlebenstraße und In der Vahr zu gebundenen Ganztagschulen befänden sich beide Schulen in der Planung:
 - Für die Grundschule Witzlebenstraße seien die Bedarfsplanungen abgeschlossen. Immobilien Bremen (IB) habe im Rahmen einer umfassenden Prüfung viele Sanierungsbedarfe ermittelt. Der vorhandene Mobilbau werde von vier Klassenverbänden genutzt. Da die vorhandene Mensa nicht optimal sei, sei ein Mensaneubau vorgesehen. Es werde eine Fertigstellung zum Schuljahr 2026/ 2027 angestrebt.
 - Für die Grundschule In der Vahr sei – neben dem Ausbau zu einer gebundenen Ganztagschule – auch die Ermöglichung einer dauerhaften Vierzügigkeit vorgesehen. Zum Schuljahr 2021/ 2022 sei ein Mobilbau für vier Klassenverbände und mit Mensa an den Start gegangen. Die Fertigstellung des räumlichen Ausbaus sei auch zum Schuljahr 2026/ 2027 geplant.

Bis dahin stünden die Mobilbauten an beiden Standorten zur Verfügung.

Auf Nachfragen der Schulleitungen und Beiratsmitglieder antwortet Herr de Olano wie folgt:

- Für die vorgesehene Verlegung der Berufsschule für Einzelhandel und Logistik an der Carl-Goerdeler-Straße könne er keinen Zeitplan benennen. Er hoffe jedoch auf eine schnelle Realisierung, da in der Vahr akute Raumbedarfe bestünden. Im Falle der Helmut-Schmidt-Schule in Osterholz sei eine kurzfristige Verlagerung in die Überseestadt gelungen. Es bestehe die Idee einer räumlichen Clusterbildung kaufmännischer Berufsschulen, sodass beispielsweise ein Austausch oder eine gemeinsame Mensa-Nutzung erfolgen könne. Die Schule an der Carl-Goerdeler-Straße müsste dann anschließend entsprechend der Bedarfe hergerichtet werden.
- Ein Ausbau zur gebundenen Ganztagschule sei nicht zwingend an die Beendigung der Bauvorhaben gekoppelt. Frau Ehrhorn weist darauf hin, dass sich bereits etwa 80 Prozent der Schüler*innen der Schule In der Vahr im offenen Ganztags befänden. Ihrer Ansicht nach sollte bei der zeitlichen Priorisierung der Umsetzung nicht nur der Sozialindikator eine Rolle spielen, sondern auch die Größe der offenen Ganztagschule. Herr de Olano rät dazu, diese Erwartungshaltung gegenüber der Schulaufsicht zu äußern, weist aber darauf hin, dass der gebundene Ganztags nicht überall zeitgleich umgesetzt werden könne.
- Den aktuellen Sachstand zum geplanten Ersatzneubau der Georg-Droste-Schule am Standort an der Bardowickstraße werde er schriftlich nachreichen.⁶

⁶ Nachtrag (E-Mail von Herrn de Olano am 23.02.2022): „Die Phase Null zur Bedarfserhebung der Schule ist abgeschlossen. Eine bereits im Vorfeld erstellte architektonische Machbarkeitsstudie wurde anhand der Ergebnisse aus der Phase Null überarbeitet. Zur Zeit wird eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung über Partnerschaft Deutschland erstellt. Mit dem Amt für Straßen und Verkehr werden parallel Erschließungsmodelle betrachtet und bewertet. Hierzu soll im März eine Einschätzung vorliegen. Im Anschluss wird die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu Ende geführt, um in einer Empfehlung für ein Vergabemodell zu münden.“

- Bei den künftig zu erwartenden Schüler*innenzahlen würden auch umliegende Stadtteile in den Blick genommen und bei den Planungen berücksichtigt. Anhand der prognostizierten Zahlen würden die Kapazitätsbedarfe ermittelt. Die Behörde sei zunächst darum bemüht, anhand der Bedarfe eine Erweiterung im Stadtteil selbst vorzunehmen. Als Option – vor allem bei Oberschulen – würden auch die Kapazitäten der benachbarten Stadtteile einbezogen.

Herr de Olano stellt anhand einer Präsentation die vom Statistischen Landesamt prognostizierten Schüler*innen-Zahlen bis zum Jahr 2030 vor:⁷

- Die Ist-Zahl der Schüler*innen in den Grundschulen betrage 899. Bis zum Jahr 2024 werde ein Anstieg erwartet, woraufhin die Zahlen bis 2030 wieder etwa auf den heutigen Stand sänken. Vor zwei Jahren seien als Ziel 988 Plätze festgelegt worden. Anhand der aktuellen Prognose sei das Ausbauziel nun auf 1.080 erweitert worden. Problematisch sei, dass die vorgesehenen Ausbauten der Grundschulen erst zum Schuljahr 2026/ 2027 erfolgen könnten. Daher stelle sich die Frage, wie bis dahin kurzfristig die Grundschulkapazitäten erweitert werden können.
- In den Oberschulen liege die Ist-Zahl bei 1.089 Schüler*innen. Bis 2029 werde ein Zuwachs auf 1.351 erwartet. Das aktuelle Ausbauziel liege bei 1.446 Plätzen, sodass noch ein Puffer bestehe. Die Prognosezahlen würden jährlich neu betrachtet und die Ausbauziele ggfs. angepasst.

Auf Nachfragen dazu antwortet Herr de Olano wie folgt:

- Ausgangswert sei die Anzahl der Kinder, die in der Vahr wohnen und eine öffentlich allgemeinbildende Schule in der Vahr besuchen, sodass Kinder in Privatschulen keine Berücksichtigung fänden. Das bedeute, diejenigen, die außerhalb der Vahr zu Schule gehen oder zum Beispiel die Freie Evangelische Bekenntnisschule Bremen (FEBB) in der Vahr besuchen, nicht in die Berechnung einfließen.
- Die Bevölkerungsprognose erfolge altersgenau und es würden bevorstehende Bauvorhaben einbezogen. Zudem erfolge ein regelmäßiges Monitoring der Prognosen.
- Im Rahmen der Schulstandortplanung finde ein Beteiligungsverfahren statt. Das bedeute, u.a. der Beirat und die Schulen würden einbezogen und könnten eine Stellungnahme abgeben. Das Beteiligungsverfahren starte ab März. Ziel sei, die Schulstandortplanung noch vor den Sommerferien durch die zuständige Deputation beschließen zu lassen. Zuletzt habe ein Beteiligungsverfahren zur Schulstandortplanung 2020 stattgefunden – ein Turnus von zwei Jahren habe sich bewährt.
- Zur kurzfristigen Erweiterung der Grundschulkapazitäten erläutert Herr de Olano, dass es zwei Optionen gebe: Flächen für Mobilbauten zu finden oder Gebäude, die kurzfristig für den Schulbetrieb zur Verfügung gestellt werden könnten. Ziel sei somit auch, dass die Grundschulen wieder von der Fünfzügigkeit wegkommen.

Herr Maas fragt die Schulleitungen, ob es an den Schulen Probleme mit dem WLAN gebe.

Zur Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA) teilt Herr Sauter mit, dass im Altbau etwa 1/3 der Räumlichkeiten über kein WLAN und 2/3 der Räume über schwaches WLAN verfügten. Im Neubau hingegen funktioniere es gut.

Herr Borges berichtet, dass an der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee (JBA), das WLAN stabil und nur im Lehrer*innenzimmer schwach sei.

Zur Grundschule In der Vahr erklärt Frau Ehrhorn, dass zunächst alle Klassenräume mit WLAN ausgestattet worden seien und die Verwaltung bislang noch über kein WLAN verfüge.

Auch in der Grundschule Witzlebenstraße seien Teile der Verwaltung sowie das Forscherhaus noch nicht mit WLAN ausgestattet.

Herr Möller weist darauf hin, dass zwei Anträge vorlägen, zum einen von der CDU, zum anderen von der SPD. Er bittet zunächst Frau Hoya, den Antrag der CDU-Fraktion vorzustellen.⁸

⁷ Die Folien sind dem Protokoll als **Anlage 4b** angefügt.

⁸ Der Antrag der CDU ist dem Protokoll als **Anlage 4c** angefügt.

Anschließend stellen Herr Weigelt und Herr Siegel den Antrag der SPD-Fraktion vor.⁹ Sie weisen darauf hin, dass in dem Antrag die von den Schulleitungen in der letzten Fachausschusssitzung „Kinder und Bildung“ angesprochenen Punkte aufgegriffen worden seien, sofern sich diese nicht bereits zwischenzeitlich erübrigt hätten – wie der lokalen Presse entnommen werden konnte. Der Punkt zur Verlegung der Berufsschule an der Carl-Goerdeler-Straße zur Deckung der Raumbedarfe sei im Antrag noch ergänzt worden.

Herr Siegel unterbreitet den Vorschlag, im Antrag die Forderung zu ergänzen, dass der WLAN-Ausbau in den Schulen verbessert werden möge.

Zum Antrag der CDU merkt Herr Siegel an, dass zu den weiteren speziellen Forderungen in dem CDU-Antrag, wie die Sprachförderung, zunächst die Schulen angehört und die Forderungen konkretisiert werden müssten.

Zu dem Vorschlag von Herrn Emigholz, das Thema „Erweiterung von Turnhallen und Schulhöfen/Pausenräumen“ im Antrag zu ergänzen, erklärt Herr de Olano, dass bei der Schulstandortplanung auch Turnhallen und Schulhöfe berücksichtigt würden. Bei der Größe von Schulhöfen gebe es Vorgaben, wieviel Quadratmeter pro Schüler*innen zur Verfügung stehen müssten.

Frau Lammel äußert den Wunsch, dass beide Anträge zu einem formuliert würden.

Die CDU-Fraktion möchte – entgegen der SPD – gewisse Themen wie z.B. „Doppelbesetzung“ mit in den Antrag aufnehmen, auch wenn bereits von Seiten der Behörde Ankündigungen zur Verbesserung vorlägen. Denn Ankündigungen alleine reichten nicht aus.

Die CDU- und SPD-Fraktion sprechen sich schließlich dafür aus, über beide Anträge heute getrennt abzustimmen.

Herr Möller lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen: Der Beirat lehnt diesen Antrag mit 7 Ja-Stimmen (CDU, Die Partei, FDP) und 8 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke) mehrheitlich ab.

Anschließend lässt Herr Möller über den Antrag der SPD-Fraktion mit der ergänzenden Forderung eines schnellen WLANs und flächendeckenden WLAN-Ausbaus an allen Vahrer Schulen abstimmen: Der Beirat stimmt dem mit 9 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FDP) und 6 Gegenstimmen (CDU, Die Partei) mehrheitlich zu.

TOP 4: Ergänzung der Geschäftsordnung des Beirats

Herr Möller erinnert daran, dass diese Thematik bereits in der letzten Sitzung aufgerufen, aber aufgrund der geäußerten Vermutung, dass eine Änderung der Geschäftsordnung des Beirats nur in Anwesenheit aller Beiratsmitglieder erfolgen könne, vertagt worden sei. Daher habe er den Sachverhalt von der SK prüfen lassen mit dem Ergebnis, dass die Geschäftsordnung gemäß § 12 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter vom 2. Februar 2010 durch einen Mehrheitsbeschluss des Beirats geändert werden könne. Für eine Änderung der Geschäftsordnung sei keine Einstimmigkeit erforderlich. Bei der Abstimmung müssten nicht alle Beiratsmitglieder anwesend sein. Voraussetzung sei jedoch, dass der Beirat beschlussfähig ist.

Hintergrund für die Ergänzung der Geschäftsordnung sei laut Herrn Möller, dass im Dezember 2021 eine Abstimmung im Umlaufverfahren per E-Mail durchgeführt worden sei, ohne dass es hierfür eine rechtliche Grundlage im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter oder in der Geschäftsordnung des Beirats gebe. Er schlägt daher vor, den folgenden Passus in der Geschäftsordnung zu ergänzen. Hierbei handele es sich um ein von der SK zur Verfügung gestelltes Muster:

§ 6a Umlaufverfahren

(1) Ist eine ordentliche Beratung von Sachverhalten im Beirat bzw. in den jeweils zuständigen Ausschüssen aus zeitlichen oder anderen organisatorischen Gründen nicht möglich, kann das Ortsamt einen Beschluss im Umlaufverfahren einleiten, wenn eine Entscheidung über den zu beratenden Gegenstand dringend erforderlich ist. Dabei wird der zu entscheidende Sachverhalt unter Angabe

⁹ Der Antrag der SPD ist dem Protokoll als **Anlage 4d** angefügt.

einer angemessenen Rückmeldefrist per E-Mail oder in schriftlicher Form an die Mitglieder des Beirats bzw. des fachlich zuständigen Ausschusses übermittelt.

(2) Eine Entscheidung in der Sache kommt zustande, sobald sich mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates bzw. des Ausschusses innerhalb der Rückmeldefrist an der Abstimmung beteiligt haben. Die Abgabe des Votums erfolgt per E-Mail oder in schriftlicher Form gegenüber dem Ortsamt. Das Ortsamt informiert anschließend über das Zustandekommen des Beschlusses.

(3) Ein Umlaufverfahren wird nicht durchgeführt, wenn ein stimmberechtigtes Mitglied des Beirates oder Ausschusses dem Verfahren unverzüglich widerspricht.

(4) Der Beschluss im Umlaufverfahren ist auf der nächstfolgenden öffentlichen Sitzung des Beirates oder zuständigen Ausschusses zur Kenntnis zu geben.

Frau Lammel betont, dass die Abstimmung per Umlaufverfahren nur in Ausnahmefällen angewendet werden sollte, da der Austausch äußerst wichtig sei. Sie befürwortet, dass ein Beirats- oder Ausschussmitglied der Durchführung des Umlaufverfahrens widersprechen könne.

Herr Emigholz sei nicht klar, welcher Zeithorizont sich hinter den Begriffen „angemessene Rückmeldefrist“ in Absatz 1 und „unverzüglich“ in Absatz 3 verbirgt.

Auf eine entsprechende Nachfrage weist Herr Möller darauf hin, dass bei Abstimmungen die gleichen Regelungen gälten, wie bei Präsenzsitzungen.

Herr Möller schlägt – angesichts der fortgeschrittenen Zeit – vor, das Thema nochmals zu vertagen, wenn noch ungeklärte Fragen bestünden.

Der Beirat einigt sich darauf, heute zu einer Abstimmung zu kommen.

Herr Möller lässt darüber abstimmen, die Geschäftsordnung des Beirats Vahr vom 16. Juli 2019 um § 6a (wie von der SK formuliert) zu ergänzen: Bei zwei Enthaltungen wird dieser Änderung der Geschäftsordnung einstimmig zugestimmt.

TOP 5: Trägerbeteiligung Flächennutzungsplanänderung

Herr Möller weist darauf hin, dass der Beirat als Träger öffentlicher Belange die Möglichkeit habe, bis zum 14.03.2022 eine Stellungnahme zu dem Entwurf der 26. Flächennutzungsplanänderung abzugeben. Der Planentwurf und die entsprechende Begründung könnten derzeit eingesehen werden. Herr Möller erklärt, dass es um das Nahversorgungskonzept gehe und die Vahr nur geringfügig betroffen sei. Eine Änderung sei in der räumlichen Abgrenzung im Bereich der Berliner Freiheit und des Marktplatzes vorgesehen.

Herr Dr. Haga ergänzt, dass die Fläche des zentralen Versorgungsbereiches geringfügig abnehme, sich dann jedoch mit der tatsächlichen Fläche des zentralen Versorgungsbereiches decke. Zuvor habe sich gemäß Flächennutzungsplan ein Teil des Versorgungsbereichs im öffentlichen Straßenraum und auf dem Schulgrundstück befunden.

Herr Saake schlägt vor, dass der Beirat die Änderungen zur Kenntnis nimmt. Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

TOP 6: Verschiedenes

Nächster Termin: 22.03.2022

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Möller

Auras